

Herrn  
Oberbürgermeister  
Markus Zwick  
Postfach 2763

66933 Pirmasens

**Am Immenborn 6  
66954 Pirmasens**

**Telefon: 06331/93845  
Mail: [info@linksfraktion-ps.de](mailto:info@linksfraktion-ps.de)  
Internet: [www.linksfraktion-ps.de](http://www.linksfraktion-ps.de)**

## **Antrag zur Stadtratssitzung am 7. September 2020**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

27. August 2020

die Stadtratsfraktion DIE LINKE – PARTEI bittet Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 7. September 2020 zu setzen.

### **Abfallwirtschaft unter kommunaler Regie – Überkapazitäten der MVA abbauen**

Der Stadtrat möge den Weiterbetrieb des Müllheizkraftwerks Pirmasens durch den Zweckverband Abfallwirtschaft Südwestpfalz (ZAS) beschließen. Zweck des kommunalen Betriebs ist die thermische Entsorgung des Restmülls im ZAS-Gebiet. Die vorhandenen Überkapazitäten der Anlage werden abgebaut. Dazu wird eine Verbrennungslinie still gelegt.

#### **Begründung:**

Die Abfallwirtschaft ist ein zentraler Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge und muss unter allen Umständen unter kommunaler Regie verbleiben. Eine Privatisierung der Abfallentsorgung führt in jedem Fall zur Dominanz wirtschaftlicher Interessen über das Allgemeinwohl. Eine demokratisch legitimierte Kontrolle der Abfallwirtschaft, das Primat der Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger und der Vorrang für Umwelt- und Klimaschutz sind nur durch einen Weiterbetrieb des Müllheizkraftwerks in kommunaler Hand garantiert. Zu diesen Ergebnissen kommt auch das vorliegende Gutachten von Herrn Klinkhammer. Auch die erwünschten Synergieeffekte im Zusammenspiel mit anderen kommunalen Gesellschaften werden am besten unter kommunaler Hoheit erzielt. Die Überführung des Müllheizkraftwerks in eine öffentlich-private Kooperation ist für die oben genannten Zielsetzungen laut Gutachten nur die zweitbeste Lösung. Insbesondere die Einhaltung der Garantiewerte durch die Androhung von Vertragsstrafen ist ein erfahrungsgemäß stumpfes Schwert. Lassen

sich Renditen durch den Abbau von Umweltstandards steigern, ist es für viele Unternehmen eine leichte Übung, Vertragsstrafen aus der Portokasse zu bezahlen.

Der wirtschaftliche Betrieb der Anlage kann durch den Abbau der vorhandenen Überkapazitäten des Müllheizkraftwerks zukünftig erreicht werden. In den ersten 20 Jahren des Betriebs waren diese Überkapazitäten dafür verantwortlich, dass bei kontinuierlichen sinkenden Restabfallmengen im ZAS-Gebiet die Anlagenbetreiber gezwungen waren, erhebliche Verbrennungsmüllkontingente außerhalb des ZAS-Gebiets zu requirieren, um die Anlage auszulasten und wirtschaftlich zu betreiben. Dies widerspricht dem ursprünglichen Zweck des Müllheizkraftwerks, das auf Beschluss der damaligen politischen Gremien ausschließlich zur thermischen Entsorgung des Restmüllaufkommens im ZAS-Gebiet und zur Herstellung von Entsorgungssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger gebaut wurde. Diesem politischen Auftrag wurde in den vergangenen 20 Jahren aus wirtschaftlichen Interessen zuwidergehandelt.

Darüber hinaus führten die vertraglichen Vereinbarungen dazu, dass der Restmüll von außerhalb nur zu Marktpreisen verbrannt werden konnte, während die ZAS-Kommunen – und damit die Bürgerinnen und Bürger durch exorbitant hohe Müllgebühren – alleine die zweifellos hohen Umweltstandards und die vertraglich geregelten Kapitalrenditen der Anleger zu finanzieren hatten, die im Jahr 2015 mit 39 Prozent ihren Höchststand erreichten. Mit dem Firmensitz in Pullach fielen am Standort der Anlage nicht einmal Gewerbesteuererinnahmen an. Die Bilanz aus Sicht der Pirmasenser Bürgerinnen und Bürger ist deshalb verheerend: Müllgebühren auf Höchstniveau, Müllverbrennung mit allen damit verbundenen Risiken vor der eigenen Haustür, ein sich ständig ausweitender „Mülltourismus“, keine Steuereinnahmen für die öffentliche Daseinsvorsorge.

Die Ursache der ganzen Misere ist die von Anfang bestehende Überdimensionierung der Anlage und die damit einhergehenden Überkapazitäten der beiden in Betrieb genommenen Verbrennungslinien. Ausgelegt für 180.000 Jahrestonnen kann ein erheblicher Teil der Überkapazität durch die Stilllegung einer Verbrennungslinie abgebaut werden. Die dann noch bestehende Differenz zwischen tatsächlichem Restmüllaufkommen zur Entsorgung im ZAS-Gebiet und der verbleibenden Verbrennungskapazität von rechnerisch 90.000 Jahrestonnen könnte durch den Beitritt weiterer Kommunen zum Zweckverband verringert werden, sodass die verkleinerte Anlage ausgelastet und wirtschaftlich rentabel betrieben werden könnte. Verringern würden sich durch die Stilllegung einer Verbrennungslinie auch Personal-, Sach- und Wartungskosten. Das postulierte fehlende Know-How auf kommunaler Ebene für den Betrieb einer Müllverbrennungsanlage ist wenig glaubwürdig. Gelingt es die ungleich höheren Anforderungen eines kommunalen Stadtwerks sehr zufriedenstellend unter kommunaler Regie zu erfüllen, dürfte dies auch beim Weiterbetrieb des Müllheizkraftwerks keine unlösbare Aufgabe sein.

Für die Stadtratsfraktion DIE LINKE – PARTEI:

Frank Eschrich, Vorsitzender  
Brigitte Freihold, Florian Kircher, stellv. Vorsitzende